Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Referendum Jetzt unterschreiben!

für alle





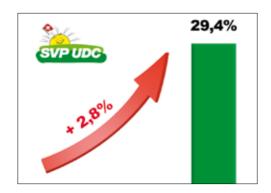
#### **Durchsetzungs-Initiative 6-7**

Mehr Sicherheit dank Durchsetzungs-Initiative.



#### **Wahlresultate**

Fast flächendeckend zugelegt!



#### **Gotthard-Strassentunnel**

JA zu weniger Verkehrstoten und JA zu mehr Sicherheit.



35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - November 2015 AZB 3001 Bern - Preis Fr.

## Die SVP in den Schweizer Medien im Oktober











## Grenzen jetzt sichern!

Am 18. Oktober durfte die SVP einen ausserordentlichen Wahlerfolg feiern. Ich möchte Ihnen allen für den Einsatz im zurückliegenden Wahlkampf meinen herzlichen Dank aussprechen. Der grandiose Wahlsieg hat eine grosse Signalwirkung und ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Er hat sich aber langfristigen Zielen unterzuordnen. Die neuen Mehrheiten im Nationalrat gilt es zum Wohle der Schweiz zu nutzen, zum Beispiel im Sinne von weniger Bürokratie, einer schlankeren Bundesverwaltung, dem Erhalt eines liberalen Arbeitsmarktes, der Sicherung der Mittel für die Landesverteidigung, einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung oder einer Stabilisierung der Sozialwerke.

#### Europa wird überrollt

Zudem stellen sich aktuell ganz akute Probleme. Europa wird von einer Völkerwanderung förmlich überrollt. Falsche Signale und die fragwürdige "Einladung" von Bundeskanzlerin Merkel haben fatale Konsequenzen, welche die Bevölkerung von Griechenland bis zum Nordkap immer stärker zu spüren bekommt und einen ganzen Kontinent durchschüttelt. Auch die Schweiz ist von dieser Entwicklung überdurchschnittlich stark betroffen. Die Asylzahlen zeigen, dass sich die Lage für die Schweiz rasch weiter zuspitzt. Setzen sich beispielsweise die Zahlen des Monats September fort, wird die Schweiz in den nächsten 12 Monaten über 54'000 Asylgesuche zu bewältigen haben, was sogar über den Rekordzahlen während des Kosovo-Krieges liegen würde.

#### Wiedereinführung der Grenzkontrollen

Die illegalen Grenzübertritte nehmen täglich zu. Daher hat die SVP bereits im Sommer reagiert und die sofortige Wiedereinführung von Grenzkontrollen gefordert. Das Parlament wollte von all dem nichts wissen und hat die Vorschläge der SVP allesamt abgelehnt. Stattdessen wurde im Eiltempo eine Revision des Asylgesetzes durchgewunken, welche auf dem gescheiterten Dublin-System aufbaut und unter anderem mit Gratisanwälten für alle Asylbewerber und der Möglichkeit staatlicher Enteignungen von Grundstücken für den Bau von Asylzentren völlig falsche Signale setzt. Hier macht die SVP nicht mit. Hier muss das Volk zwingend das letzte Wort haben. Ich danke Ihnen für Ihre Mithilfe beim Sammeln der dafür nötigen Unterschriften.

Bunnes

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz

# SVP ist bereit, zusätzliche Regierungsverantwortung zu tragen

Fast 30% der Bürgerinnen und Bürger haben am 18. Oktober eine klare Politik und damit die SVP gewählt. Die SVP ist bereit, die immer wieder auch von den anderen Parteien geforderte zusätzliche Verantwortung in der Landesregierung zu übernehmen. Sie wird am 20. November nebst Ueli Maurer, der sich für eine weitere Legislaturperiode zur Verfügung stellt, mindestens einen weiteren Kandidaten für die Gesamterneuerungswahlen vom 9. Dezember nominieren.

von Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident SVP Schweiz, Sigriswil (BE)



Wir haben uns nun ganz auf die neue Legislatur und die damit zusammenhängenden, wichtigen Weichenstellungen zu konzentrieren.

ie SVP hat sich stets dazu bekannt, dass die drei wählerstärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze in der Landesregierung haben und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Sitz hat. Deshalb gilt es auch bei den nächsten Bundesratswahlen den Wählerwillen gemäss der Parteistärke zu berücksichtigen, damit die Parteien auch in der Exekutive entsprechend ihrer Stärke Verantwortung übernehmen und die Positionen ihrer Wählerinnen und Wähler in Regierung und Verwaltung einbringen können.

#### **Zuwanderung und EU**

Wir haben uns nun ganz auf die neue Legislatur und die damit zusammenhängenden, wichtigen Weichenstellungen zu konzentrieren. Dazu gehört insbesondere die Wahrung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Dabei gilt es zu verhindern, dass die Schweiz über ein Rahmenabkommen zwingend EU-Recht übernehmen muss und fremden Richtern unterstellt wird. Ebenso ist die Umsetzung des Volksauftrages zur Steuerung der Zuwanderung sicherzustellen. In Volksabstimmungen sind im kommenden Jahr die Ausschaffung krimineller Ausländer und das Referendum gegen Gratisanwälte durchzusetzen.

Zusätzlich hat sich in den letzten Monaten die Sicherheitslage in Europa mit der Massenzuwanderung von Kriegsvertriebenen, Wirtschafts- und Sozialmigranten einerseits und dem Kriegsgeschehen in wenigen Flugstunden Entfernung andererseits verschärft. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass der Bundesrat gerade bei der Sicherheit des Landes wiederum Einsparungen vorschlägt. Die Armee braucht für die Erfüllung ihres Auftrages mindestens 5 Milliarden Franken. Nur so kann die geplante Weiterentwicklung der Armee finanziert oder auch eine Unterstützung des Grenzwachtkorps bei der Kontrolle der Grenzen sichergestellt werden.

"Dieses System hat der Schweiz Stabilität gebracht. Es darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden."

#### Der Auftrag ist klar

Zusätzlich wird sich die SVP dafür einsetzen, dass wir auch in Zukunft eine sichere und bezahlbare Energieversorgung haben und dass die Regulierungsflut endlich im Zaum gehalten wird. Ebenso werden wir uns in der Februar-Abstimmung für den Sanierungstunnel am Gotthard stark machen.

Wer die SVP bzw. die brennenden Probleme des Landes weiterhin ignoriert, schadet dem Land und setzt dessen beste Traditionen und das bewährte System leichtfertig aufs Spiel.

# Gratisanwälte sind unnötig und ungerecht

Die Asylgesetzrevision sieht neu eine bedingungslose, unentgeltliche Rechtsvertretung (Gratisanwälte) für alle Asylsuchenden vor und zwar für das gesamte Asylverfahren. Der Gratisanwalt soll bereits im Vorverfahren und bei der Anhörung zu den Asylgründen involviert sein, später eine Stellungnahme zum Entwurf eines ablehnenden Asylentscheids einreichen und gegen einen solchen anschliessend Beschwerde erheben können. Das geht viel zu weit.

war ist das Recht auf unentgeltliche Rechtspflege in der
Schweizerischen Bundesverfassung (Art. 29 Abs. 3 BV) ausdrücklich garantiert. Im Vordergrund
steht dabei jedoch das Recht auf Zugang zu Gerichten/Behörden im Sinne einer Befreiung von den Verfahrenskosten. Dies war jedoch bisher
immer an konkrete Bedingungen geknüpft. So war neben der finanziellen Bedürftigkeit der rechtssuchenden Person auch immer notwendig,
dass die Angelegenheit eine gewisse

Komplexität aufweist und das Verfahren nicht aussichtslos ist, was bei

"Mit der Einführung von Gratisanwälten ohne jegliche Bedingung werden Asylsuchende gegenüber der restlichen Schweizer Bevölkerung besser gestellt."

einer Vielzahl von Asylverfahren wohl nicht der Fall sein dürfte. Im Asylbereich waren Gratisanwälte bisher lediglich in Beschwerdeverfahren (Anfechtung eines negativen Asylentscheids) Thema, nicht aber im eigentlichen Asylverfahren. Damit war sämtlichen rechtsstaatlichen Prinzipien Genüge getan. Mit der Einführung von Gratisanwälten ohne jegliche Bedingung werden Asylsuchende also gegenüber der restlichen Schweizer Bevölkerung besser gestellt.

### ...ineffizient und teuer

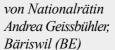
Bedingungslose Gratisanwälte für alle Asylbewerber für das gesamte Asylverfahren sind nicht nur ungerecht und überflüssig, sie verursachen auch unnötige Mehrkosten zu Lasten der steuerzahlenden Bevölkerung. Gleichzeitig wird es damit attraktiver, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Profitieren würde einzig die Asylindustrie. Zu befürchten ist eine Vielzahl unnötiger Beschwerden, womit das Ziel der Effizienzsteigerung in den Asylverfahren gänzlich verfehlt würde.

Dies sind Gründe genug, das von der SVP ergriffene Referendum gegen die Asylgesetzrevision zu unterstützen.

5000 4544 4500 3896 3805 4000 3899 3500 3000 2500 2000 1500 1565 1424 1500 1376 1000 500 0 **Ouelle: SEM** 

Entwicklung Asylgesuche 2015

Die Entwicklung der Asylzahlen zeigt, dass sich die Lage für die Schweiz rasch weiter zuspitzt. Setzen sich beispielsweise die Zahlen des Monats September fort, wird die Schweiz in den nächsten 12 Monaten über 54'000 Asylgesuche zu bewältigen haben, was sogar über den Rekordzahlen während des Kosovo-Krieges liegt.





# Enteignung Privater für Asylunterkünfte – geht's noch?

Mit der Asylgesetzrevision soll das ordentliche Baubewilligungsverfahren durch ein zentralistisches Plangenehmigungsverfahren ersetzt werden. Darin enthalten ist auch die Möglichkeit, für die Errichtung solcher Bundesasylzentren, Enteignungen durchzuführen. Als Präsident des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes (HEV) bereitet mir dieser Enteignungs-Paragraph grösste Sorge.

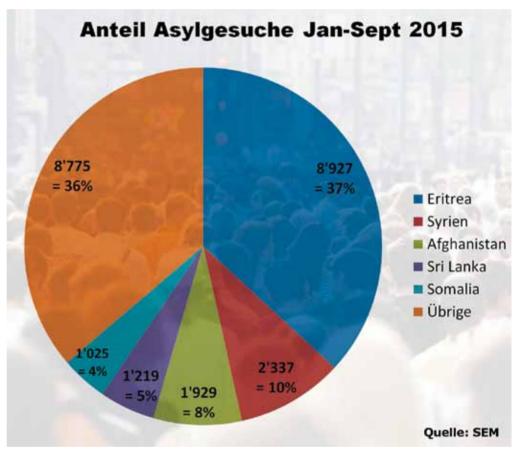
as revidierte Asylgesetz ermächtigt in Artikel 95b das Eidgenössische Justiz- und Polizei Departement (EJPD) "nötigenfalls Enteignungen durchzuführen". Somit wird nicht nur ein zentral geführtes Plangenehmigungsverfahren eingeführt, dieses wird zusätzlich mit der Ermächtigung des EJPD zur Durchführung von Enteignungen verknüpft. Damit reisst das EJPD alle Macht an sich. Es ist Antragssteller, Genehmigungsbehörde und ausführende Kraft des Enteignungsverfahrens. Kantone und Gemeinden haben immer weniger Mitspracherecht und die geltende Baugesetzgebung wird ausgehebelt.

## Geplante Enteignungen für Asylzentren unhaltbar

Diese massive Beschneidung der Eigentumsgarantie und Beschränkung der Autonomie der Kantone und Gemeinden ist absolut unhaltbar. Die Schweizerische Bundesverfassung garantiert in Art. 26 das Eigentum. Die Enteignungsgesetzgebung ist zwangsläufig mit einem massiven Eingriff in das Eigentum verbunden. Das Enteig-

"Diese massive Beschneidung der Eigentumsgarantie und Beschränkung der Autonomie der Kantone und Gemeinden ist absolut unhaltbar."

nungsrecht darf deshalb nur mit der grösstmöglichen Zurückhaltung angewendet werden. Dass jetzt Schweizer



Trotz der Migrationsströme aus dem syrischen Kriegsgebiet, kommen auch 2015 immer noch die meisten Asylsuchenden aus Eritrea.

Hauseigentümer ihr Grund und Boden zwangsweise für die Lösung der Asylproblematik hergeben müssen, kann nicht sein

Für mich ist klar, dass die gesetzliche Legitimation für Enteignungen dazu führt, dass dieser Paragraph auch angewendet wird. Dies muss verhindert werden. Die Zusammenarbeit mit Privaten kann nur auf freiwilliger Basis geschehen.

#### Privates Eigentum schützen

Ich distanziere mich dezidiert von jeg-

licher Art von Zwangsmassnahmen gegen Hauseigentümer. Der vorgesehene Art. 95b AsylG verletzt den Kernbereich des privaten Eigentums. Es wird eine Grenze überschritten, die nicht überschritten werden darf. Deshalb unterstütze ich das

von Nationalrat Hans Egloff, Präsident HEV Schweiz, Aesch (ZH)

Referendum gegen das

revidierte Asylgesetz.

## Mehr Sicherheit dank Durchsetzungs-Initiative

Wir haben es schwarz auf weiss. Bundesbern will die Ausschaffungs-Initiative nicht gemäss Volkswillen umsetzen. Die vom Parlament beschlossene Gesetzesanpassung wird in der Praxis keinen Mehrwert bringen, sondern die lasche Ausschaffungspraxis zementieren. Die SVP hat dies zum Glück frühzeitig erkannt. Wir ermöglichen dem Stimmvolk, am 28. Februar 2016 mit einem Ja zur Durchsetzungs-Initiative die Weichen wieder in die richtige Richtung zu stellen.

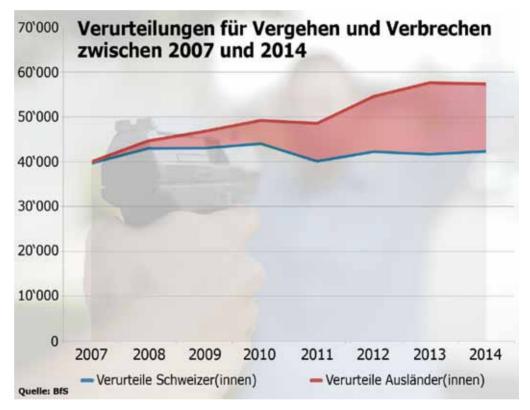
## Konsequenz der Nichtumsetzung des Volksentscheids

Die Volksinitiative "für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungs-Initiative)" wurde am 28. November 2010 vom Volk und der Mehrheit der Stände angenommen. Umgehend setzte Bundesbern – immer mit der Ausrede internationaler Bestimmungen – alle Hebel in Bewegung, um eine Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung zu verhindern. Die SVP zog aus dieser Tatsache zwei zentrale Konsequenzen:

- 1. die Lancierung der Durchsetzungs-Initiative (diese regelt detailliert, wie die Ausschaffungs-Initiative umzusetzen ist und ist zudem direkt anwendbar);
- 2. die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung der Volksinitiative "Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungs-Initiative)", damit inskünftig alle Verfassungsbestimmungen gemäss Volkswille umgesetzt werden können.

#### Umsetzungsgesetz der Parlamentsmehrheit

Das Umsetzungsprozedere zur Ausschaffungs-Initiative hat lange gedauert und vor allem zu einem unbefriedigenden Ergebnis geführt. Gegen den Willen der SVP hat das Parlament am 20. März 2015 eine Umsetzungsvorlage verabschiedet, welche dem Gedanken der Ausschaffungs-Initiative überhaupt nicht gerecht wird. Auch bei schwersten Delikten wie Mord, Vergewaltigung



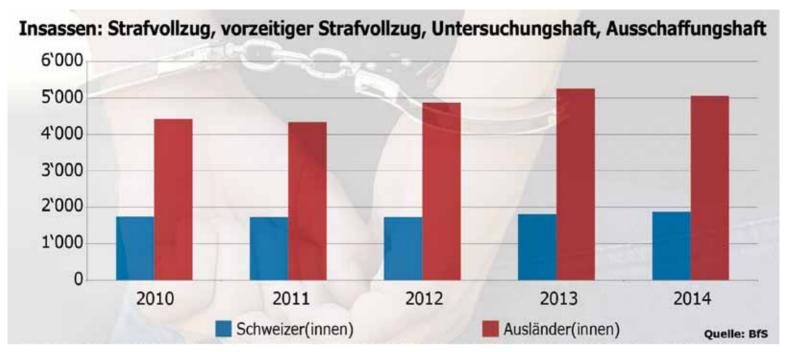
Wer sich nicht an unsere Regeln hält, muss die Schweiz verlassen. Eine konsequente Ausschaffungspraxis wirkt präventiv und sorgt dafür, dass die Ausländerkriminalitätsrate sinken wird; dies führt zu mehr Sicherheit.

und Raub soll von einem Landesverweis abgesehen werden können, wenn dies für den Täter einen "schweren persönlichen Härtefall" bedeuten würde. Zudem sollen Migrationsämter an solche Entscheide des Strafgerichts gebunden sein und quasi gezwungen werden, eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung auszustellen, wenn die Strafrichter - trotz Schuldspruch - von einem Landesverweis absehen. Eine solche Regelung missachtet den Volkswillen auf krasseste Weise. Glücklicherweise hat die SVP dies rechtzeitig erkannt und in Rekordtempo die Durchsetzungs-Initiative eingereicht.

#### **Inhalt der Durchsetzungs-Initiative**

Die Durchsetzungs-Initiative nimmt die Forderung der Ausschaffungs-Initiative auf und konkretisiert diese in einer klaren Umsetzung:

• Unabhängig von der Strafhöhe sind Personen auszuweisen, welche u.a. wegen einer der folgenden strafbaren Handlungen verurteilt werden: vorsätzliche Tötung, Mord, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung, Raub, Einbruch, Menschenhandel, Geiselnahme und schwere Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz.



Ausgeschaffte ausländische Straftäter können in der Schweiz nicht mehr straffällig werden; damit sinkt die Zahl der Wiederholungstäter massiv.

· Unabhängig von der Strafhöhe sollen überdies Personen ausgewiesen werden, welche vorbestraft sind und u.a. wegen einer der folgenden Straftaten verurteilt werden: einfache Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Brandstiftung, Freiheitsberaubung und Entführung.

Die Durchsetzungs-Initiative trägt somit dem Verhältnismässigkeitsprinzip Rechnung und unterscheidet zwischen schweren Delikten, Wiederholungstätern und Ersttätern.

#### Was ändert die Durchsetzungs-**Initiative in der Praxis?**

Am 8. November 2008 liess sich der Grieche Nekti T. mit zwei Kollegen in Schönenwerd (SO) auf ein illegales Autorennen ein. Mit 116-129 Stundenkilometer fuhren diese durch die Ortschaft. Dabei donnerte Nekti T. in ein korrekt abbiegendes Fahrzeug. Der Fahrer und die Beifahrerin dieses Fahrzeugs wurden verletzt.

Die junge Frau auf dem Rücksitz eine 21-jährige Schweizerin - kam ums Leben

### **Untaugliche Umsetzungs**gesetzgebung in Art. 66a Abs. 2 StGB:

Das Gericht kann ausnahmsweise von einer Landesverweisung absehen, wenn diese für den Ausländer einen schweren persönlichen Härtefall bewirken würde und die öffentlichen Interessen an der Landesverweisung gegenüber den privaten Interessen des Ausländers am Verbleib in der Schweiz nicht überwiegen. Dabei ist der besonderen Situation von Ausländern Rechnung zu tragen, die in der Schweiz geboren oder aufgewachsen sind.

Das Solothurner Obergericht verurteilte den Griechen im März 2012 u.a. wegen (eventual-)vorsätzlicher Tötung zu sechs Jahren Freiheitsstrafe. In der Folge widerrief das

kantonale Migrationsamt am 9. Dezember 2013 die Niederlassungsbewilligung des Griechen. Dies wurde vom Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn am 10. März 2014 bestätigt. Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 2. Juli 2015 dieses Urteil aufgehoben. Es geht davon aus, dass der Grieche nicht mehr straffällig wird und verweist auf die Personenfreizügigkeit mit der EU.

Die vorgeschlagene Umsetzungsgesetzgebung zur Ausschaffungs-Initiative macht solche Fehlurteile weiterhin möglich. Einzig die Durchsetzungs-Initiative würde hier zwingend zu

einem Landesverweis führen

von Ständerat Peter Föhn,

Muotathal (SZ)

Die SVP ist bei der Behandlung der Ausschaffungs-Initiative im Parlament mit ihren klaren Anträgen (u.a. dem Herausstreichen der sog. Härtefallklausel) unterlegen.

> Jetzt müssen Volk und Stände entscheiden! Stimmen Sie am 28. Februar 2016 JA zur Eidgenössischen Volksinitiative "zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungs-Initiative)". Mehr Informationen: www.durchsetzungsinitiative.ch

## Fast flächendeck

Die SVP konnte bei den Nationalratswahlen den Wähleranteil von 26,6% auf 29,4%, ausbauen. Seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 hat noch nie eine Partei einen so hohen Wähleranteil erzielen können. Ebenfalls konnte die SVP die Wählerstimmen von 648'675 um 92'279 auf 740'954 ausbauen. Auch die 65 Sitze in der grossen Kammer bedeuten Rekord. Im Ständerat konnte die Sitzzahl gehalten werden.

ie SVP hat nicht nur gesamtschweizerisch ein Rekordergebnis erreicht, sondern auch in vielen Kantonen historische Spitzenwerte erzielt. So konnten im Kanton Uri und im Oberwallis erstmals überhaupt Nationalratssitze gewonnen werden. In den traditionell katholischen Kantonen Luzern und Freiburg wird die SVP zum ersten Mal wählerstärkste Partei.

## Die SVP verzeichnet 92°279 neue Wählerstimmen

Die SVP legt gesamthaft um plus 2,8% zu. In den Kantonen Schaffhausen, Schwyz, Thurgau und Aargau hat die SVP eine Parteistärke von 38% und

mehr erzielt. Die SVP kann die Zahl ihrer Wähler von 648'675 auf 740'954 ausbauen (+92'279). Die SVP Kanton Schwyz und Kanton Freiburg konnten die Wählerstimmen um je mehr als 20% erhöhen.

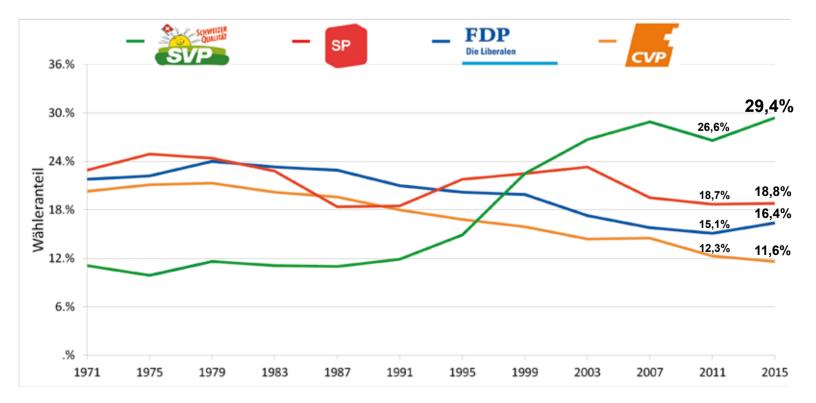
Im Nationalrat gewinnt die SVP 11 Sitze hinzu und kommt neu auf 65 Sitze. Im Ständerat kann sie ihre fünf Sitze halten. Zusammen mit den zwei wiedergewählten Vertretern der LEGA und des MCG sowie dem parteilosen Thomas Minder kommt sie voraussichtlich auf eine Fraktionsstärke von 74 Sitzen. Die SVP-Fraktion verfügt zusammen mit der FDP damit über eine ganz knappe

Mehrheit im Nationalrat und hofft in den wichtigen Fragen wie Energiewende, Bürokratieabbau, Finanz- und Steuerpolitik sowie Altersvorsorge 2020 auf eine gute Zusammenarbeit auch mit Teilen der CVP-Fraktion.

#### Unternehmerischer und jünger

Zum einen wurden verschiedene Unternehmer und Gewerbevertreter neu gewählt und verstärken die Wirtschaftskompetenz in der Fraktion. Zum anderen fällt auf, dass nicht weniger als acht der neu gewählten SVP-Nationalrätinnen und -Nationalräte der Generation der unter 40-Jährigen angehören.

## Wählerstärken 1971 – 2015



Die Schweizerinnen und Schweizer haben der SVP erneut ihr Vertrauen geschenkt und sie zum fünften Mal seit 1999 zur stärksten Partei des Landes gemacht.

# cend zugelegt!

## Veränderung der Parteistärke der SVP in den Kantonen bei den Nationalratswahlen

#### 2011 | 2015 | +/-Schweiz 26.6 29.4 2.8 29.8 30.7 Kanton Zürich 0.9 Kanton Bern 29.0 33.1 4.1 Kanton Luzern 25.1 28.5 3.4 44.1 \* Kanton Uri 44.1 4.6 Kanton Schwyz 38.0 42.6 \* Kanton Obwalden 43.1 34.5 -8.6 \* Kanton Nidwalden 45.2 82.8 37.6 Kanton Glarus 0.0 28.3 30.5 2.2 Kanton Zug 21.4 Kanton Freiburg 25.9 4.5 24.3 28.8 Kanton Solothurn 4.5 Kanton Basel-Stadt 16.5 17.6 1.1 Kanton Basel-Landschaft 26.9 29.8 2.9 45.3 Kanton Schaffhausen 39.9 5.4 \* Kanton Appenzell Ausserrhoden 30.5 36.1 5.6 Kanton Appenzell Innerrhoden 0.0 Kanton St. Gallen 31.5 35.8 4.3 Kanton Graubünden 24.5 29.7 5.2 34.7 3.3 38.0 Kanton Aargau 38.7 39.9 1.2 Kanton Thurgau 9.7 Kanton Tessin 11.3 1.6 Kanton Waadt 22.9 22.6 -0.3Kanton Wallis 19.7 22.1 2.4 Kanton Neuenburg 21.4 20.4 -1.0Kanton Genf 16.0 17.6 1.6 15.5 | 12.8 -2.7Kanton Jura

## Entwicklung der Wählerstimmen für die SVP bei den Nationalratswahlen

2011	2015	+/-
648'675	740'954	92'160
122'395	131'246	8'851
103'667	117'250	13'583
32'757	38'807	6'050
0	6409	6'409
18'047	23'147	5'100
6'739	5'227	-1'512
8'060	13'380	5'320
0	*	*
11'058	11'900	842
18'515	23'584	5'069
21'433	25'152	3'719
9'191	9'842	651
23'878	25'927	2'049
11'726	14'057	2'331
5'312	6'394	1'082
-	*	*
45'239	52'133	6'894
14'616	18'016	3'400
64'965	75'216	10'251
28'175	30'456	2'281
10'880	13'147	2'267
38'633	40'650	2'017
24'147	27'844	3'697
9'850	9'293	-557
16'093	18'302	2'209
3'418	3'574	156

<sup>•</sup> Die SVP ist in den Majorz-Kantonen Glarus und Appenzell-Innerrhoden nicht zu den Wahlen angetreten.

<sup>\*</sup> Die Kantone Uri, Obwalden, Nidwalden und Appenzell-Ausserrhoden sind de facto Majorzkantone, wo nur ein Sitz verteilt wird. Deshalb ist die Parteistärke wenig vergleichbar.

## Alle 25 neuen **SVP-Nationalräte**



## **Aargau**



**Thomas Burgherr** 

1962, Wiliberg Unternehmer Grossrat Präsident SVP AG

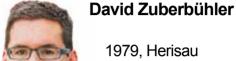


**Andreas Glarner** 

1962, Oberwil-Lieli Unternehmer Grossrat Gemeindeammann



## **Appenzell** Ausserrhoden



1979, Herisau Unternehmer Schuhgeschäft Kantonsrat



### Bern



Manfred Bühler

1979. Cortébert Rechtsanwalt Grossrat



**Erich Hess** 

1981. Bern Unternehmer Lastwagenführer Grossrat



Werner Salzmann

1962. Mülchi Dipl. Ing. Agr. FH Chefexperte Landwirtschaft Präsident SVP BE



**Basel-Land** 



**Freiburg** 



Graubünden



Sandra Sollberger

1973, Bubendorf Eidg. Dipl. Malermeisterin Geschäftsführerin Landrätin Gemeinderätin



Pierre-André Page

1960, Châtonnaye Landwirt Grossrat



Magdalena Martullo-**Blocher** 

1969, Meilen ZH Unternehmerin **EMS Chemie AG** 



Luzern



1963. Eich Unternehmer green.ch AG Kantonsrat Präsident SVP LU



St. Gallen



Barbara Keller-

1968, Jona Geschäftsführerin Kantonsrätin



### Solothurn



### **Christian Imark**

1982. Fehren Global Customer Manager Kantonsrat



## Schwyz





Uri



**Marcel Dettling** 

1981, Oberiberg Landwirt Kantonsrat



**Marco Chiesa** 

1974, Lugano Ökonom Kantonsrat



### **Beat Arnold**

1978, Schattdorf Regierungsrat Dipl. Bauingenieur FH MAS Wirtschaftsingenieur FH



### Waadt



Michaël Buffat

1979, Vuarrens Bankkader Grossrat



**Jacques Nicolet** 

1965, Lignerolle Landwirt Grossrat



## **Wallis**



Jean-Luc Addor

1964, Savièse Rechtsanwalt Grossrat Gemeinderat



Franz Ruppen

1971, Naters Rechtsanwalt und Notar, Grossrat Gemeinderat







## Zürich



Roger Köppel

1965, Küsnacht Journalist Medienunternehmer Weltwoche



**Barbara Steinemann** 

1976, Watt Lic. iur Kantonsrätin



**Mauro Tuena** 

1972, Zürich Computertechniker Kantonsrat, Gemeinderat



Hans-Ueli Vogt

1969, Zürich Prof. Dr. iur Wirtschaftsrecht Kantonsrat



**Bruno Walliser** 

1966, Volketwsil Eidg. Dipl. Kaminfegermeister Kantonsrat Gemeindepräsident



Claudio Zanetti

1967, Gossau Lic. iur Kantonsrat

# Nein zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»

Die übergeordnete Frage ist die Folgende: Würde die Annahme dieser Initiative der JUSO etwas zur Verbesserung der Situation in den Ländern beitragen, in denen die Bevölkerung regelmässig Hunger leidet? Die Antwort ist Nein.

von Nationalrat Guy Parmelin, Vizepräsident SVP-Fraktion, Bursins (VD)

ie Fakten zeigen deutlich auf, dass die steigenden Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe nicht auf einen Faktor alleine zurückgeführt werden können und auch längst nicht in allen Fällen mit möglichen Spekulationen zu tun haben. Klimatische Unsicherheiten und daraus resultierende Veränderungen in den Produktionsgebieten, Änderungen der Essgewohnheiten, die erhebliche Zunahme der Bevölkerung in den Schwellenländern, sowie die zunehmende Verknappung von Anbauflächen sind die Hauptursachen der stark schwankenden Rohstoffpreise.

## **Ungleichgewicht zwischen Angebot** und Nachfrage

In den Jahren 2007 und 2008 hat die Exportsperre von Ländern wie Indien, welche die vorrangige Versorgung der eigenen Bevölkerung sichern wollten, weitere Unsicherheit in die Märkte gebracht. Niedrigere Vorräte haben die Weltmarktpreise stark ansteigen lassen und haben die uns bekannten Konsequenzen hervorgerufen, insbesondere in Ländern, die von Importen abhängig sind. Das hat nichts mit Spekulation zu tun, sondern mit einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Und dieses Problem kann auch nicht durch eine Verfassungsänderung in der Schweiz gelöst werden!



Hauptursache der schwankenden Weltmarktpreise sind klimatische Änderungen in den Anbaugebieten, Zunahme der Bevölkerung und Verknappung von Anbauflächen.

Die Initiative bringt für dieses ernsthafte und latente Problem überhaupt keine Lösung und verbessert damit auch nicht den Zugang zu angemessener Nahrung für Millionen von Menschen.

Im Gegenteil müsste man mit erheblichen Folgen in der Schweiz rechnen, weil die Initiative direkt jene Akteure attackiert, welche im internationalen Handel mit Agrargeschäften etabliert sind.

Darüber hinaus würde die Initiative die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land erhöhen und ein negatives Signal für den gesamten Schweizer Werkplatz aussenden.

#### **Totaler Unsinn**

Diese Initiative ist nicht einmal eine falsch verstandene gute Idee, sondern ein totaler Unsinn. Sie ist ein weiterer Beweis dafür, dass sozialistische Rezepte nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht daneben liegen, sondern auch das eigene Hauptziel, die Bekämpfung von Armut und chronischer Unterernährung in der Welt, verfehlen. Ohne schlechtes Gewissen können wir daher Nein zu dieser Initiative sagen.



Die Delegierten der SVP Schweiz haben anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2015 mit 311 zu 2 Stimmen die klare NEIN-Parole zur Volksinitiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!" beschlossen.

## Sicherheit dank Grenzen

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 31. Oktober 2015 in Villeneuve (VD) stand mit über 550 Besuchern im Zeichen der anhaltenden Migrationsströme. Nach einer kurzen Wahlanalyse hielt Bundesrat Ueli Maurer ein Grundsatzreferat zur Sicherheitslage in unserem Land, das mit grossem Applaus aufgenommen wurde. Ebenfalls pochte Nationalrätin Céline Amaudruz noch einmal auf die Wichtigkeit des im Zentralvorstand beschlossenen Referendums gegen Gratisanwälte für alle Asylsuchende. Am Nachmittag fassten die Delegierten die Parole zur Volksinitiative der JUSO "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!". Diese wurde mit 311 zu 2 Stimmen klar abgelehnt.



"Wenn das Schengen-System der EU nicht mehr funktioniert, muss die Schweiz innerhalb ihrer Grenzen selber für Ordnung sorgen. Regeln wir das, wie wir das wollen und können."

BUNDESRAT UELI MAURER. CHEF DES VBS

"Ein Erfolg, wie wir ihn soeben erleben durften, ist gefährlich. In diesen Zeiten ist Bescheidenheit und Demut vor der Aufgabe und Verantwortung am Platz."

NATIONALRAT ALBERT RÖSTI, WAHLKAMPFLEITER





"Wenn Bundesrätin Simonetta Sommaruga zum Ziel gehabt hätte, möglichst viele Migranten in die Schweiz zu holen, dann hätte sie keinen anderen Weg gewählt. Nur noch ein Referendum kann dieses Vorhaben von Simonetta Sommaruga und der Mitte-Links-Mehrheit im Parlament stoppen."

NATIONALRÄTIN CÉLINE AMAUDRUZ

## Ein sicherer Gotthard für die ganze Schweiz.

## Der Gotthard-Strassentunnel muss saniert werden. Der Bau einer zweiten Röhre ist die beste Lösung.

## Die Verkehrssicherheit steigern.

Im 17 km langen und engen Gotthard-Tunnel kommt es pro Stunde durchschnittlich zu 75 000 Kreuzungen. Pannenstreifen gibt es keine. Das Unfallrisiko ist hoch. Im Schnitt jährlich ein Todesopfer im Tunnel ist zu viel. Der Gotthard muss dringend die heutigen Sicherheitsstandards erfüllen.



2001 verloren nach einer Frontalkollision mit Lastwagen 11 Menschen das Leben.

## Handelsverbindung sichern.

Norditalien ist einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Die Verbindung zu diesem wichtigen Markt dürfen wir nicht kappen. Der Gotthard-Tunnel hat direkten Einfluss auf die Exportstärke unseres Landes und auf unsere tägliche Versorgung.

## Tunnel intelligent sanieren.

Nur eine zweite Röhre sichert den durchgehenden Betrieb und eine nachhaltige Sanierung. Die Sanierung wird finanziell günstiger als bei Verladeprovisorien, die für viel Geld wieder abgerissen werden müssen. Künftige Unterhaltsarbeiten können effizienter durchgeführt werden und belasten nicht die kommenden Generationen.



Die Verladeanlagen wären grösser als die beim Furotunnel

## Die Landschaften schonen.

Für teure Verladeanlagen wollen die Gegner in den engen Alpentälern eine Fläche von 22 Fussballfeldern verbauen. Statt durch den Tunnel soll der Verkehr über die Pässe geleitet werden. Eine zweite Röhre schont die Umwelt.

#### Unser Land zusammenhalten.

Die Schweiz darf nicht ganze Landesteile wie das Tessin oder den Kanton Uri abschotten und im Stich lassen. Die Sanierung mit einer zweiten Röhre ist mit Abstand die beste Lösung. Nur so verbindet der Gotthard verschiedene Regionen und Kulturen zu einer sicheren und starken Schweiz.



gotthard-tunnel-ja.ch

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», Schwarztorstr. 26, 3001 Bern



Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer 8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch







#### **IMPRESSUM**

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, André Albrecht, Peter Schaub, Parlament.ch.



## **Zweiter Gotthardtunnel JA**

Am 28. Februar 2016 stimmen wir über den Bau einer zweiten Gotthardröhre ab. Der bestehende Tunnel muss wegen einer umfassenden Sanierung während drei Jahren komplett geschlossen werden. Mit dem Bau einer zweiten Röhre können wir die Strassenverbindung in den Süden aufrechterhalten.

er Gotthardtunnel ist die wichtigste Strassenverbindung von Nord nach Süd und wurde 1980 in Betrieb genommen. In rund zehn Jahren muss dieser umfassend saniert werden, da sonst die Sicherheit und die Funktionstüchtigkeit des Tunnels nicht

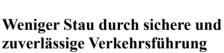
## Tragbare Kosten anstelle teurer Verladeprovisorien

Die Kosten für den Bau der zweiten Röhre und die Sanierung des bestehenden Tunnels belaufen sich auf rund 2,8 Milliarden Franken. Die Sanierung und der Bau der zweiten Röhre werden sich über rund 10 Jahre Bauzeit erstrecken. Franken kosten, wäre also teurer als der Bau einer zweiten Röhre und absolut nicht nachhaltig.



Wer am 28. Februar 2016 JA zur zweiten Gotthardröhre sagt, sagt auch JA zu weniger Verkehrstoten und JA zu mehr Sicherheit.

Gemessen an der Verkehrsleistung weist der Gotthardtunnel das grösste Unfallrisiko aller Schweizer Nationalstrassen auf, da im 17 km langen Tunnel Gegenverkehr herrscht. Die traurige Bilanz: 19 Todesopfer in 11 Jahren; 18 davon wegen Frontal- oder Streifkollisionen. Dieses Risiko wird mit dem Bau einer zweiten Röhre gebannt, da der Verkehr in zwei Tunnels je einspurig geführt wird.



Bei einer unfallbedingten Sperrung oder bei Unterhaltsarbeiten kann der Verkehr durch den zweiten Tunnel umgeleitet werden. Das führt zu weniger Stau und einer zuverlässigeren Strassenverbindung zwischen dem Norden und dem Süden. Die zweite Röhre führt auch nicht zu mehr Verkehr, da jede Röhre nur einspurig befahrbar ist und es deshalb keine Kapazitätserhöhung gibt – der Alpenschutzartikel in der Verfassung bleibt damit gewahrt.

von Nationalrätin

Nadja Pieren,

Burgdorf (BE)



Die traurige Bilanz: 19 Todesopfer in 11 Jahren; 18 davon wegen Frontaloder Streifkollisionen. Dieses Risiko wird mit dem Bau einer zweiten Röhre gebannt, da der Verkehr in zwei Tunnels je einspurig geführt wird.

mehr gewährleistet sind. Während der Zeit der Sanierung müsste der Tunnel etwa drei Jahre geschlossen bleiben – der Kanton Tessin wäre dann quasi vom Rest der Schweiz abgeschnitten. Um die Verbindung dauerhaft gewährleisten zu können, ist der Bau einer zweiten Gotthardröhre deshalb unumgänglich. Nach Abschluss der Sanierung wird der Verkehr in jedem Tunnel auf je einer Spur geführt, eine nach Süden, eine nach Norden.

Somit liegen die jährlichen Kosten von 280 Millionen Franken absolut im Rahmen und sind im Vergleich zu anderen Sanierungsprojekten sogar günstig.

Die Tunnelgegner fordern anstelle der zweiten Röhre, dass während der Totalschliessung des Gotthardtunnels eine Verladeanlage in den Urner und Tessiner Alpentälern gebaut wird. Sämtliche Anlagen müssten nach der Sanierung wieder abgerissen werden. Diese Bastelei würde weit über 3 Milliarden

## **NEU: LEVORG 4x4.**

# DER SCHÖNSTE KOPFENTSCHEID ALLER ZEITEN.

#### Ab Fr. 27'900.-.

Kein Wunder, hat die Schweiz auf ihn gewartet. Der neue Levorg 4x4 bietet alles, was einen Subaru ausmacht. Für alle, die mit Herz und Verstand entscheiden.

Der Levorg 4x4 steht für Kraft, Dynamik, Sicherheit und Platz. Für ein aufsehenerregendes Design. Für 1.6-Liter-Direkteinspritz-Boxer-Turbomotor. Lineartronic-Getriebe mit Schaltpaddles und Manual-Modus. Komfortsitze. Klimaautomatik. Top Infotainment-System. Und vieles mehr.

Überzeugen Sie sich selbst auf einer Probefahrt bei Ihrem Subaru-Vertreter. Er freut sich, Sie in der Zukunft willkommen zu heissen







Abgebildetes Modell: Subaru Levorg 1.601T AWD Swiss S, 5-türig, 170 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO<sub>2</sub> 164 g/km, Verbrauch gesamt 7,1 1/100 km, Fr. 35'200.— (inkl. Metallic-Farbe). Subaru Levorg 1.601T AWD Advantage. 5-türig, 170 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO<sub>2</sub> 159 g/km, Verbrauch gesamt 6,9 1/100 km, Fr. 27'900.— (mit Farbe Pure Red).

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO<sub>2</sub> 144 g/km.